

Ein eigener Ausschuss für den Fliegerhorst

Konversion Die Nutzung der 270 Hektar großen Fläche ist von zentraler Bedeutung für Penzings Entwicklung. Mit der Umsetzung befasst sich ein neues Gremium. Welche weiteren Schritte aus Sicht des Bürgermeisters wichtig sind

VON ULRIKE RESCHKE

Penzing Die Neugestaltung des Fliegerhorstgeländes ist das große Thema in Penzing in den kommenden Jahren und wird das Bild des Ortes deutlich verändern. Deswegen hat der neue Bürgermeister und ehemalige Fliegerhorstkommandant Peter Hammer dafür eigens einen neuen Ausschuss des Gemeinderats auf den Weg gebracht, der nun erstmals über das Thema diskutiert hat.

Die Konversion der 270 Hektar großen Fläche beschäftigt die Gemeinde schon seit vielen Jahren. Seit 2012 wurde die Auseinandersetzung im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungsgutachtens für die Gesamtgemeinde konkreter. Auch wenn das Thema nicht neu ist, be-

Planung am Reißbrett ist nicht möglich

gann die Sitzung in der Schulaula – die auch 40 Gäste besuchten – erst ein mit Vorträgen. Projektentwickler Martin Birgel (Dragomir Stadtplanung), Professor Joachim Vossen (Institut für Stadt- und Regionalmanagement ISR) sowie Rechtsanwalt Joachim Krauß stellten den aktuellen Stand vor. Krauß informierte über das Thema PFC-Belastung. Hintergrund ist, dass bis auf Johannes Bachmeir keines der Ausschussmitglieder dem Gemeinderat in der vergangenen Periode angehörte. Alle sollten den gleichen Informationsstand bekommen.

Für Bürgermeister Peter Hammer geht es vor allem um die Frage, wie die Gemeinde mit Gegebenheiten auf dem Fliegerhorst, der in den Jahren 1936 bis 1939 errichtet wurde, umgehen soll. „Wir müssen berücksichtigen, dass es teils denkmalgeschützte Gebäude gibt, Flächen versiegelt sind und auch Altlasten bestehen. Man kann also nicht einfach am Reißbrett planen, wie man



Auf dem nicht mehr genutzten Fliegerhorst in Penzing könnten neue Wohnungen und Arbeitsplätze entstehen. In Penzing gibt es nun einen Ausschuss, der sich damit beschäftigt, wie die Fläche genutzt werden soll. Archivfoto: Julian Leitenstorfer

möchte.“ Voraussetzung für eine Umsetzung des Konzepts – wie dieses letztlich auch sein wird – ist jedoch, dass nach der Freigabe durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die Gemeinde ihr Erstzugriffsrecht wahrnimmt. „Als Nächstes werden wir das Gespräch mit der BImA suchen, wegen der Altlasten“, sagte der Bürgermeister. Je näher der Zeitpunkt des Erstzugriffs komme, um so näher müsse die Gemeinde einem Konzept sein, mahnte er. „Sonst holt sich die Natur das Gelände zurück und es wird zum Millionengrab.“ Sicher sei gemäß eines Ratsbeschlusses von 2019, dass es keine fliegerische Nachnutzung geben wird. Jetzt gehe es um ein Konzept der kleinen Schritte.

Wie schon beim vorherigen Gemeinderat zeichnete sich ab, dass einige Räte sich wegen vorschneller

Entscheidungen sorgen. Wie berichtet, lässt die Gemeinde seit 2016 ein Planungsbüro die mögliche Verwendung des Areals abklären. „Ordner voller Interessenten stünden bereit“, sagte Projektsteuerer Martin Birgel. Es entstand das Konzept eines „Innovationscampus Penzing/Landsberg“, das neben Gewerbe und Forschung auch Wohnen, Naherholung und Infrastruktur sowie bis zu 2500 Arbeitsplätze vorsieht, auch der ADAC will sich dauerhaft ansiedeln.

Johannes Bachmeir hakte nach, ob die Pläne die einzig in Frage kommende Nutzung darstellten. Peter Hammer betonte, dass es sich um einen Vorschlag handle. Dieser sei nötig, um die Stadt Landsberg mit ins Boot zu holen. Zehn Prozent der Gesamtfläche sowie die Verkehrserschließung im Westen des Geländes liegen auf Landsberger

Flur. Keine zwei konkurrierenden Modelle zu entwickeln, riet Martin Birgel. Wie die Zusammenarbeit gestaltet werden kann, ist noch offen.

Noch unter dem ehemaligen Landsberger Oberbürgermeister Mathias Neuner wurde das Konzept im März 2020 auch dem Stadtrat präsentiert. Das sei nicht von der Gemeinde Penzing vorangetrieben worden, betonte Birgel auf Nachfrage eines Rates, sondern allein dem Wahlkampf in der Lechstadt geschuldet gewesen. „Wir brauchen am Ende ein Konzept“, sagte Professor Joachim Vossen, „egal ob das nun zu 70, 50 oder weniger Prozent dem entspricht, was wir hier vorgestellt haben.“ Ziel sei, für alle eine möglichst hohe Lebensqualität zu erreichen“, ergänzte er. Zur baldigen Kontaktaufnahme mit dem Bundesverkehrsministerium oder bayerischen Ministern raten die be-

teiligten Stadtplaner, um ein „Projekt mit Tragweite für die gesamte Region“ zu realisieren.

Vossen verdeutlichte, dass das gesamte Gelände nicht im ersten Schritt verplant werden solle, sondern langfristig zu denken sei. Auch als Nicht-Grundstückseigentümerin habe die Gemeinde Einfluss in Form von Steuerungsmöglichkeiten als Baugenehmigungsbehörde, machte Rechtsanwalt Joachim Krauß deutlich. Penzing sei maximal Betroffener und maximaler Grundstückseigentümer, sagte hingegen der Bürgermeister. „Aber es wird mit Sicherheit Interessenkollisionen geben, und es muss klar sein, dass es nicht immer nach unserer Pfeife gehen muss.“ Gespräche mit Landsbergs Oberbürgermeisterin Doris

Untersuchungen zu den Altlasten laufen

Baumgartl sollen helfen, „auf Basis dieses Konzepts zu justieren“.

Im Übrigen wurde klar: Der Verkehrswert kann erst auf Basis eines Konzepts ermittelt werden, bisher liegt nur der „entwicklungsunbeeinträchtigte Wert“ des Grundstücks vor. Die Untersuchung zu den Altlasten sind noch nicht abgeschlossen, endgültige Ergebnisse werden heuer erwartet. Es gehe um verfüllte Bombentrichter, Teerbelastung und PFC, äußerte Krauß, der die Gemeinde gegenüber der Bundesrepublik als Grundstückseigentümerin vertritt. Als solcher könne er einzelne Bürger nicht ebenfalls vertreten, sagte er auf Nachfrage von Bachmeir, Mitglied der „Interessengemeinschaft PFC-Belastung Fliegerhorst Penzing“. Neu erstellt werden muss eine artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung, sagte Martin Birgel. So habe die Artenvielfalt im Bereich des Regenrückhaltebeckens zugenommen, es gebe mehr Turmfalken und Fledermäuse.